

Eiszeit zwischen Russland und der EU?

VON STEPHAN SOHR

Vier Jahre war Hartmut Koschyk Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, doch nach der Bundestagswahl im September 2013 musste der CSU-Abgeordnete aus Bayreuth weichen. „Abgefertigt“ worden sei er damals von Parteichef Horst Seehofer, erklärt Koschyk mit kritischem Unterton. Seit Januar ist Koschyk nun Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Ein Amt, dessen Einfluss er im aktuellen Ukraine-Konflikt einbringen will.

NÜRNBERG – Vor kurzem war Hartmut Koschyk in der ukrainischen Hauptstadt Kiew und hat sich einen Eindruck von der politischen Lage im Land verschafft. Sollte es in der Ukraine zu einer Volksabstimmung über die Einheit des Landes kommen, dann ist Koschyk fest davon überzeugt, „dass die Mehrheit der Bevölkerung auch in den russischsprachigen östlichen Gebieten für den Verbleib in der Ukraine stimmen wird“. Der CSU-Bundestagsabgeordnete nimmt das Beispiel Lettlands, wo es keinerlei Bestrebungen in der russischsprachigen Bevölkerung gebe, sich Russland anschließen zu wollen. Grund: von der guten wirtschaftlichen Entwicklung Lettlands profitiere auch die russischstämmige Minderheit.

Wie eng künftig das Verhältnis der Ukraine zur EU sein wird, hänge auch davon ab, wie die Ukraine mit ihren nationalen Minderheiten umgeht, erklärt Koschyk. Die Ukraine müsse die Europaratsverpflichtungen umsetzen, die in dem Rahmenübereinkommen zum Minderheitenschutz und in der Minderheitensprachcharta festgelegt sind. „Beide Abkommen hat die Ukraine unterzeichnet und ratifiziert.“

Als Aussiedlerbeauftragter tritt der geborene Forchheimer Koschyk, dessen Familie aus Oberschlesien stammt, für den Schutz der Rechte von Minderheiten von Amts wegen ein. Und sieht hier auch Deutschland in der Pflicht. „Umso vorbildlicher Deutschland mit den nationalen Minderheiten umgeht, umso glaubwürdiger kann Deutschland für die Rechte der deutschen Minderheiten in anderen Ländern eintreten.“

Auf die Frage, wie es mit der Ukraine, Russland und dem Verhältnis beider Länder zueinander und zur Europäischen Union weitergeht, weiß auch Koschyk keine eindeutige Antwort. Klar ist für ihn aber, dass das Referendum, das zur „Annexion“ der Krim

durch Russland führte, ein „völkerrechtswidriger Akt“ gewesen sei. „Niemand wird so blauäugig sein zu glauben, dass es sich um einen Akt des freiwilligen Anschlusses gehandelt hat.“ Koschyk sieht nun Wladimir Putin am Zug, für eine Entspannung der Lage zu sorgen. Und wenn der russische Präsident das anders sieht? „Ich befürchte, es wird eine neue Eiszeit zwischen Russland und der EU geben, wenn Russland die Situation weiter eskalieren lässt.“ In diesem Fall aber würde die EU sicher verschärfte Sanktionen beschließen, die gerade die ohnehin im Abschwung befindliche russische Wirtschaft treffen würden. „Der Schaden wird für Russland wesentlich größer sein als für die EU“, meint Koschyk.

Deshalb hofft der deutsche Aussiedlerbeauftragte, dass Putin die Lage für ihn und sein Land richtig bewertet – und die damit verbundenen Vorteile. „Wenn Russland Zeichen der Deeskalation sendet, dann wird das Thema Krim keine Frage sein, die einer Lösung des Konflikts um die Ukraine entgegensteht.“ Sprich: Russland hat zwar die Krim faktisch annektiert, doch die internationale Gemeinschaft wird sich damit abfinden.

Koschyk erwähnt hier das Beispiel Transnistrien, das zwar offiziell zu Moldawien gehört, wo aber die Russland faktisch die Gebietshoheit ausübt.



Hartmut Koschyk